



ESSAY

Wie sollen wir das schaffen?

Fluchtursachen bekämpfen – das bleibt ein frommer Wunsch: Hans Christoph Buch erklärt, warum er vom Afrika-Optimisten zum -Pessimisten wurde

Afrika hat die Form eines Faustkeils, der zusammen mit dem aufrechten Gang in Afrika erfunden wurde. Von dort aus besiedelten unsere Vorfahren, vom Neandertaler bis zum *homo sapiens*, Europa, Asien und den Rest der Welt. Diese Völkerwanderung setzt sich bis in die Gegenwart fort, und dabei sind nicht nur Meere, Wüsten und Gebirge zu überwinden, sondern Hindernisse, die es früher so nicht gab: Schlepperbanden, die Migranten ausplündern bis aufs Hemd, Frauen und Kinder sexuell missbrauchen oder versklaven, um durch ihren Freikauf Lösegeld zu erpressen, demütigende Kontrollen und bürokratische Schikanen, deren Sinn nicht mal die Polizei versteht, erkenntnistheoretische Behandlung, als sei jeder Migrant ein Sexualstraftäter oder Terrorist, und Abschiebung in das vermutete Herkunftsland, je eher, desto besser.

Damit nicht alles falsch wird, eine Einschränkung: Dies ist kein Plädoyer für Fernstenliebe statt Nächstenliebe, denn auch die Reaktion der Ortsansässigen ist zu berücksichtigen, von Angst und Verunsicherung bis zu aggressivem Fremdenhass. Und es liegt auf der Hand, dass offene Grenzen wie im Herbst 2015 Bevölkerung und Behörden überfordern, geschlossene Grenzen wie einst in der DDR aber weder wünschenswert noch machbar sind.

Zu Mauer und Stacheldraht führt kein Weg zurück – zusammen mit Stalin- und Leninbüsten wurde auch der Eiserner Vorhang entsorgt. Ein historischer Vergleich zeigt, dass weder Roms Limes noch Chinas große Mauer zur Abwehr der Steppenvölker ihren Zweck erfüllten. Geldzahlungen haben das Vordringen der Nomaden so wenig gestoppt wie Landzuweisungen oder ihre Ernennung zu Grenzschützern, denn bald schon saßen die Barbaren auf dem Kaiserthron. Eine andere Ironie der Geschichte ist, dass die Sklaverei, die in Libyen auf die Agenda zurückkehrt, Afrikaner nach Amerika brachte und dass schon damals Araber als Sklavenjäger fungierten. Alles schon da gewesen!

Welches sind die Gründe der neuen Völkerwanderung? Ich vermeide das Wort Fluchtursachen, so als hätten Menschen, die ihre Heimat überstürzt verlassen, die Wahl, warum sie dies tun. In Syrien ist es der Krieg – Zerstörung, Tod, Vergewaltigung, Verschleppung oder Vertreibung waren Kriegsfolgen wie 1945 beim Vormarsch der Roten Armee. In Afrika herrscht derzeit kein Krieg außer in der Zentralafrikanischen Republik, Darfur und Südsudan, wo Warlords Öl ins Feuer ethnischer Konflikte gießen. Dass es sich um

low intensity wars handelt, Kriege niedriger Intensität, ist für die Betroffenen ein schwacher Trost.

Paradoxerweise sind es nicht die ärmsten, sondern vergleichsweise reiche Länder, deren Ressourcen, Gold, Diamanten, Uran, Erdöl und Tropenholz, statt der Entwicklung zugutezukommen, zur Finanzierung des Krieges dienen – eine Gewaltspirale, aus der es kein Entrinnen gibt. Das Beispiel der Blutdiamanten aus Sierra Leone ist bekannt, weniger bekannt ist, dass auch der angebliche Musterstaat Ruanda das Edelmetall Coltan, unverzichtbar für Handy-Hersteller, illegal aus Ostkongo exportiert. Ganz zu schweigen von seltenen Erden, für die sich China interessiert. Afrikas natürliche Reichtümer haben den Menschen weder Wohlstand noch Frieden gebracht, im Gegenteil: Das mit Umweltgift verseuchte Nigerdelta wurde zum Hort des Ökoterroismus, die Ölststaaten Gabun, Äquatorialguinea und Angola versinken im Sumpf der Korruption, von dem nur die herrschende Nomenklatura profitiert, während das Volk in Armut vegetiert.

Im Lauf der Jahre habe ich, von Senegal bis Namibia, von Guinea und Ghana bis Togo und Tschad, fast alle Länder Afrikas bereist, nicht zu vergessen Äthiopien, Burundi, Ruanda, Kenia und Tansania, und bin vom Afrika-Optimisten zum -Pessimisten geworden, weil ich nirgendwo glaubhafte Ansätze zu guter Regierungsführung und, was schwerer wiegt, Rechtssicherheit und Gewaltenteilung gesehen habe, ganz zu schweigen von Frauenemanzipation und Minderheitenschutz. Zwar gibt es auch Lichtblicke, aber selbst in Südafrika, dem einzigen Industrieland des Kontinents, ist Mandelalas Regenbogendemokratie nur noch eine nostalgische Erinnerung. Hier wie anderswo auch sind Korruption und Brutalität die Regel und nicht die Ausnahme, obwohl zivilgesellschaftliche Akteure, Künstler und Intellektuelle, Priester und Journalisten, Frauen- und Umweltgruppen Missstände kritisieren.

Afrikas Jugend will nur noch weg, nach Europa, Amerika oder Australien, denn selbst wer das Privileg hat, eine höhere Schule oder Universität zu absolvieren und beste Noten vorweisen kann, muss Professoren

oder Beamte bestechen, um ein Zeugnis oder Diplom zu bekommen, und findet nur mit Mühe einen Job, weil es in Afrika keine Mittelklasse gibt, die Arbeitsplätze schafft. Banken und Versicherungen, Hotels und Restaurants, Büros und Geschäfte sind in europäischer, asiatischer oder arabischer Hand, und ein erfolgreicher Startup-Unternehmer muss jederzeit damit rechnen, dass irgendeine Behörde, Polizei oder Armee ihn wegen angeblicher Steuerschulden zur Kasse bittet und den Laden schließt. Um unliebsame Konkurrenz auszuschalten, genügt ein in der Nachbarschaft gestreutes Gerücht oder ein Voodoo-Fluch. Ein Paradebeispiel ist Äthiopien, wo alle Häuser und Grundstücke dem Staat gehören, der das Land bewirtschaftende Bauern enteignet und vor die Tür setzt, um das Terrain an chinesische Investoren zu verpacken.

Wem die Bilanz zu negativ scheint, möge bedenken, dass die Mängelliste unvollständig ist: Zu Rechtsunsicherheit und Korruption bis hin zur Kleptokratie gesellen sich weitere Übel, die aus Gründen politischer Korrektheit selten beim Namen genannt werden. Erstens der Tribalismus, sprich Stammesdenken, das, in vorkolonialer Zeit verständlich, heute sozialen Fortschritt verhindert, da jeder, der zu Geld kommt oder politische Verantwortung übernimmt, den eigenen Familienclan bevorzugen muss – die Identifizierung mit der Nation ist nur schwach. Zweitens die Überbevölkerung, die Menschen vom Land in die Städte treibt, weil das Leben in Großstadtslums attraktiver ist als das prekäre Überleben auf dem Dorf, dessen Scholle die Großfamilien nicht mehr ernährt. Seit der Unabhängigkeit hat Afrikas Bevölkerung sich verdreifacht; Weil Kindersegen als Altersvorsorge gilt, ist Geburtenkontrolle unbeliebt und wird von Christen wie Muslimen halbherzig oder gar nicht propagiert.

„Die Welt-Dörfer rüsten zum Sturm auf die Welt-Städte.“ Dieser Slogan aus Maos Kulturrevolution ist bestürzend aktuell, mit dem Unterschied, dass der Exodus von Afrika nach Europa an die Stelle der Landflucht tritt. Den Trend umzukehren oder durch mehr Entwicklungshilfe zu stoppen ist ein frommer Wunsch, denn die wirtschaftliche Zusammenarbeit – so die neue Zauberformel – hat die Rückständigkeit zementiert und Afrika zum Almosenempfänger degradiert, statt die Eigeninitiative zu fördern. Dass Hilfgelder zweckentfremdet werden, ist sattsam bekannt, und die Einrichtung von Transitlagern im Maghreb oder anderswo wäre eine Einladung an Kriminelle, Polizisten oder Soldaten, sich an Migranten schadlos zu halten und noch schamloser zu bereichern.

Vor achtzig Jahren, im Juli 1938, fand in Évian eine internationale Flüchtlingskonferenz statt über die Aufnahme von aus Nazideutschland und Österreich geflohenen Juden. Die Redner verurteilten unisono den Judenhass und vergossen Krokodilstränen über das Schicksal der Vertriebenen, aber kein Staat, weder die USA noch Schweden oder die Schweiz, war bereit, Verfolgten Obdach und Schutz zu gewähren – mit einer Ausnahme: Der dominikanische Diktator Trujillo öffnete die Grenzen für jüdische Immigranten, um seine Bevölkerung „aufzuordnen“ und abzulenken von dem Massaker an Saisonarbeitern aus Haiti, das er, inspiriert von Hitler, im Jahr zuvor befohlen hatte. Die Parallele zur Gegenwart liegt auf der Hand. „Niemand will sie haben“, spottete das NS-Blatt „Völkischer Beobachter“, und die als Beobachterin anwesende Golda Meir schrieb: „Ich hatte Lust, aufzustehen und sie alle anzuschreien: Wisst ihr denn nicht, dass es um menschliche Wesen geht, die den Rest ihres Lebens in Lagern oder auf der Flucht verbringen müssen wie Aussätzige, wenn ihr sie nicht aufnehmt?“

■ Hans Christoph Buch lebt in Berlin. Sein Roman „Stilleben mit Totenkopf“ erschien im März 2018 in der Frankfurter Verlagsanstalt.

NIRGENDWO SEHE ICH ANSÄTZE ZU GUTER REGIERUNGSFÜHRUNG UND RECHTSSICHERHEIT

KOMMENTARE

Gerechtigkeit ist gut, aber Recht besser

Michael Kohlhaas' Motto lautete „Fiat iustitia et pereat mundus“. Es soll Gerechtigkeit herrschen, und gehe auch die Welt daran zugrunde. Am Ende wurde er aufs Rad geflochten. Auf seiner manischen Jagd nach Gerechtigkeit – es

VON PETER HUTH

ging um die unpfleghche Behandlung einiger Pferde – war Kohlhaas zum Mörder und Brandschatzer geworden. Weil der Herzog von Sachsen voreingenommen geurteilt hatte, wurde dem Unbescholtenen sein Recht versagt. Kohlhaas ertrug diese Ungerechtigkeit nicht, er haderte aber nicht mit dem schlechten Richter, sondern gleich mit dem gesamten Rechtsstaat. Und nahm das, was er für Recht hielt, selbst in die Hand.

Viele sahen und sahen in ihm einen Helden der Gerechtigkeit. Aber auch des Rechts? Nein!

Kohlhaas übersetzte im Satz von Papst Hadrian das Wort „iustitia“ mit „Gerechtigkeit“. Kaiser Ferdinand I., der ihn als Wahlspruch führte, dagegen mit „Recht“. Das ist nicht dasselbe. In Ferdinands Welt war „Recht“ unumstößlicher Gotteswille. Heute ist

es eine kühle Vereinbarung. Gerechtigkeit aber ist immer nur ein Gefühl.

Da ist ein Mann, Sami A., der gehörte zum engsten Zirkel um Osama bin-Laden, des grausamsten Terroristen aller Zeiten. Dieser Mann, A., lebt seit elf Jahren in Deutschland, kassiert 100 Euro von einem Staat, dessen Wertesystem er bekämpft. Er hält salafistische Hass-Predigten, er gilt als so gefährlich, dass er sich täglich bei der Polizei melden muss. Kurz: Der Mann hat bei uns nichts verloren. Also wird er abgeschoben. Es herrscht Gerechtigkeit, keine Frage. Aber herrscht auch Recht? Nein!

Die juristische, also rechtsstaatliche, Bewertung des Falles Samir A. war nicht abgeschlossen. Er hätte (noch) nicht abgeschoben werden dürfen. Dass ein Gericht nun urteilt, er müsse wieder nach Deutschland zurückgeführt werden, mag zwar als nicht gerecht empfunden werden, aber es ist ein Zeichen dafür, dass unser Rechtsstaat funktioniert.

Die Hysteriker in einer zunehmend auf vielerlei zivilisatorischen Grundsätzen zweifelnden Gesellschaft wird das kaum überzeugen. Halten wir uns aber nicht ausschließlich an das Recht, dann geht – siehe Kohlhaas – tatsächlich die Welt zugrunde.

Die Gewinner sind: Grüne und AfD

Umfragen sind natürlich nur Umfragen. Wahlergebnisse – in Bayern und Hessen – wird es erst im Herbst geben. Aber bemerkenswert ist es, dass sich seit dem von der CSU angetriebenen Streit über die Asylpolitik zwei Parteien im Aufschwung befinden, die als Gegner der CSU gelten müssen: Die Grünen und die AfD. Das dürften sich die bayerischen Unionsgrößen anders vorgestellt haben. Es könnte also etwas falsch sein an der These, dass CSU-Vordenker wie der in der Debatte sehr aktive Landesgruppenchef Alexander Dobrindt ein gutes parteistrategisches Gespür haben.

VON MATTHIAS KAMANN

Wobei sich aber am Aufschwung der Grünen zeigt, dass falsch auch die These ist, der Koalitionsstreit nutze nur den Rechten. Bergauf geht es in Umfragen ebenfalls für die, denen zugesprochen wird, den bisherigen Umgang mit Flüchtlingen nicht nur beibehalten, sondern noch stärker an einem wie auch immer gearteten Wohlwollen ausrichten zu wollen. Dass diese Position gerade jetzt Zulauf hat, belegt, wie wenig die Debatte über die Flüchtlingspolitik von sachlichen Erwägungen, wie sehr sie von Unterstellungen und ideologischen Abgrenzungsbedürfnissen bestimmt wird.

Denn statt – was ja möglich wäre – von den vielen Missständen in der deutschen Migrationsadministration auszugehen und dann das Seehofer-Konzept auf dessen Potenziale hin zu prüfen, wird der CSU von vielen unterstellt, „eigentlich“ nur eine rückwärtslose Anti-Migranten-Politik im Sinn zu haben, der auf entscheidendste Weise zu widersprechen sei. Wie es die Grünen tun. Außerdem wird offenbar, wie stark die CSU das Migrations-thema emotionalisiert und ideologisiert hat. So stark, dass viele von Einzelfragen absehen und zum Gegenangriff im Grundsätzlichen blasen. Innerhalb der Grünen schwächt dies die Realisten. Außerhalb dieser Partei, in der gesellschaftlichen Debatte, ist eine Versachlichung der Migrationsdiskussion kaum zu erwarten, wenn grüne Gesinnungsethiker als Hoffnungsträger derer fungieren, die mit Horst Seehofers Agieren nicht einverstanden sind.

Noch viel stärker als den Grünen hat der Koalitionskrach der AfD genutzt. Sie profitierte schon davon, dass die Regierungspartei CSU groteskerweise im Stil einer Oppositionspartei agierte. Nämlich aufbegehrend, gegen die bisherige Regierungspolitik. Just beim Leib- und Magenthema der AfD wurde deren oppositioneller Gestus durch die CSU ratifiziert und popularisiert. Zugleich freilich gilt, dass eine Oppositionspartei ihre Forderungen

gen nicht durchsetzen kann. So wird es auch Seehofer ergehen: Er wird nicht alles kriegen, was er verkündete. Sodass sich die AfD auch darin bestätigt sehen kann, dass es die von der CSU geforderte Politik nur mit Gaulland und Co. gäbe. Kann eine Regierungspartei einer Oppositionspartei einen größeren Gefallen tun?

Dies gilt auch insofern, als es die CSU zugelassen oder vielleicht sogar gewollt hat, dass ihr Aufbegehren als direkter Angriff auf die Person der Bundeskanzlerin erschien. Merkel aus dem Amt zu drängen ist natürlich legitim. Wer das aber will – oder nur den Eindruck solchen Willens erweckt –, müsste als regierende Unionspartei eine Alternative zu Merkel haben. Wer keine hat, befeuert nur, was die AfD seit Jahr und Tag propagiert: „Merkel muss weg.“ Zudem war es Wasser auf die AfD-Mühlen, dass der Koalitionskrach sowie die bis heute andauernde Regierungsschwäche geradezu zur Staatskrise aufgebauscht wurden. Wer aber redet seit Jahr und Tag von einer Staatskrise? Die AfD. Sie ist es auch, die zuerst die Missstände in der Flüchtlingspolitik mit ausgrenzenden Schuldzuweisungen an Migranten verband. Diese Abqualifizierungen wurden durch die CSU etwa mit der Wendung vom „Asyltourismus“ bekräftigt. Genauso wie die in der AfD verbreitete Verachtung der EU. Hässliche Genugtuung äußerten nicht wenige CSU-Politiker und deren Unterstützer, nachdem Merkel es beim Brüsseler Gipfel nicht geschafft hatte, alle Mitgliedstaaten auf eine europäische Lösung zu verpflichten. Dass EU-Lösungen angeblich sowieso nichts bringen – das ist Konsens in der AfD.

DIE CSU HAT SICH ALS OPPOSITION AUFGEFÜHRT – UND SO DIE OPPOSITION GESTÄRKT

Bei all dem bleibt unklar, ob die vielfältige Stärkung der AfD den CSU-Strategen nur aus Ungeschicklichkeit unterlaufen ist. Oder ob sich im konservativen Spektrum rechts von Merkel eine Mentalität breitgemacht hat, die von sich aus zu einer Osmose mit der AfD-Ideologie tendiert. Klar jedenfalls ist, dass so eine Osmose nur stattfinden kann, wenn Konservative keine knappen Vorstellungen von ihren eigenen Zielen, von ihrer Verantwortung und ihren sachpolitischen Fähigkeiten haben. Wo diese Vorstellungen fehlen, kann rechte Erregungspolitik Raum greifen. Auf die versteht sich keine Partei so gut wie die AfD.